

Elternwille

Eltern wollen mehr Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, um Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren zu können.

Eltern wollen gleichzeitig qualifizierte Betreuung und individuelle Betreuungszeiten.

Eltern wollen keine Verwahrnstanalten und sie wollen ihre Rechte und Pflichten als Eltern oft noch weitestgehend selbst wahrnehmen können.

Landeseitig wird seit 2003 das Modell der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) vorangetrieben. **Ab 2007 wird die Landesförderung für Horte und andere Betreuungsangebote nach 13 Uhr eingestellt.** Danach soll nur noch die OGGS finanziell unterstützt werden. Von vornherein finanziell zu mager ausgestattet, deutet allerdings manches darauf hin, dass die Ansprüche an die OGGS nicht erfüllt werden können. Die **Starrheit der Betreuungszeiten** ist für viele Eltern ein Manko. Der ebenfalls mit der offenen Ganztagschule verbundene **Anspruch** der höheren Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder, die hier mehr gefördert werden sollen, **bleibt auf der Strecke**, weil aufgrund der zu knappen Mittelbereitstellung **keine ausreichende pädagogische Zuwendung** erfolgen kann. Wieder einmal sind die Kommunen gefordert, über den gesetzlichen Anteil hinaus zusätzliche Mittel bereitzustellen, und zwar für über die Landesplanung hinausgehende Kosten, für notwendiges zusätzliches Personal an den Schulen und für erforderliche zusätzliche Räumlichkeiten. Beides sind neue, vom Land verordnete, zusätzliche Aufgaben für die

Sicherheit

Städte ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich.

Die Schulpauschale ist für diese zusätzlichen Aufgaben nicht aufgestockt worden, und die wenigen Zuschüsse reichen bei weitem nicht aus, um die tatsächlichen Investitionskosten zu decken. Dort, wo Eltern, Lehrer und die Schulkonferenzen sich für die Einführung der Offenen Ganztags-grundschule entscheiden, wird die **FWI diese Entscheidung mittragen und unterstützen.** Die Bewilligung zusätzlicher, über den gesetzlichen Rahmen hinausgehender Mittel kann jedoch nur im Rahmen entsprechender Verbesserungen der städtischen Finanzlage durch Landeszuschüsse geschehen.

Die Forderung nach Aufstockung und Bereitstellung der erforderlichen Mittel seitens des Landes wird die **FWI** vehement politisch vorbringen, auch um für alle Betroffenen nachhaltig Planungssicherheit zu gewährleisten.

Nur wer wählt hat die Wahl !

Unverzichtbar - Ihre Stimme am 26. September 2004 für die FW

V.i.S.d.P.: **FWI** >>Bürger für Bürgerinteressen<<

Postfach 101306
44543 Castrop-Rauxel

Geschäftsstelle: Bodelschwingher Str. 35
44577 Castrop-Rauxel

Geschäftszeiten: Mo. Von 18 – 22 Uhr
Tel./Fax/AB: (02305) 542569

e-mail: post@fwi.de

Internet: www.fwi-cas.de



FÜR IHRE INTERESSEN DA

Castrop - Rauxel

Kommunalpolitik
- mit den Bürgern
- für die Bürger

Am 26. September

**Bürger
für Bürgerinteressen**

Chancen

- **Bildung braucht Raum.** Diesen zu schaffen und zu pflegen ist und bleibt wichtigste Aufgabe der Stadt in ihrer Funktion als Schulträger. Die **FWI** wird darauf achten, dass in Castrop-Rauxel die gesetzlich gestellten Anforderungen wie Bereitstellung von angemessenem Schulraum und sachgerechter Ausstattung bestmöglich erfüllt werden.
- **Allen Schulformen** in Castrop-Rauxel muss eine **gerechte Unterstützung** zukommen, damit die Voraussetzungen für die bestmögliche Förderung von Schülerinnen und Schülern an allen Schulen geschaffen werden.
- Die Schaffung **großer „Lernfabriken“** darf sich nicht wiederholen, da diese aus pädagogischer Sicht nicht zu verantworten sind.
- Die Bestrebungen von Schulen zu mehr **Eigenständigkeit und Eigenverantwortung** sollen weiter gefördert und unterstützt werden.
- Dem **Elternwillen** ist bei der Entscheidungsfindung in schulpolitischen Fragen Rechnung zu tragen.

Die Bereitstellung von ausreichendem und würdigem Schulraum mit sachgerechter Ausstattung ist eine **kommunale Pflichtaufgabe**, die leider seitens der langjährigen SPD-Mehrheit in Castrop-Rauxel extrem vernachlässigt wurde.

Verantwortung

Trotz erheblich aufgestockter Mittel seit der Abwahl der SPD waren zusätzlich viele Maßnahmen nötig um Rückstände aufzuholen, z.B. für:

- den Neubau der nicht mehr sanierungsfähigen Grundschule Grüner Weg,
- die Erweiterung der Schillerschule,
- die bereits seit Jahren erforderlichen Fachräume an der Franz-Hillebrandt-Hauptschule,
- den Neubau der baufälligen Turnhalle der Marktschule in Ickern
- die erforderlichen Maßnahmen aus den Brandschutzbestimmungen für Schulen
- den Neubau der abgängigen Aula der Fridtjof-Nansen-Realschule und anderer maroder Teile dieser Schule
- den erforderliche Neubau der maroden Ahornschule.
- den Neubau der Turnhalle an der Grundschule Alter Garten als Ersatz für die baufällige TH in der Freiheitsstraße

Für all diese Maßnahmen **reicht(e) auch** die seit 2001 vom Land gezahlte **Schulpauschale** (ca. 1,5 Mio. €/Jahr) bei weitem **nicht aus**. Maßgeblich unterstützt wird das Sanierungsprogramm aus dem **Energiefond**. Bisher **6,8 Mio. €** sind in Energiesparmaßnahmen geflossen vorwiegend in die Schulen. Außerdem werden aus den **Erlösen des GEWO-Verkaufs 10 Mio. €** in den kommenden Jahren in städtische Immobilien investiert; zum Großteil in die Schulen. Mit **mehr als 30 Mio. € fließt** im Vergleich zur früheren SPD-Politik ein Vielfaches in die Schulen – **ein finanzieller Kraftakt, mitgetragen von der FWI**.

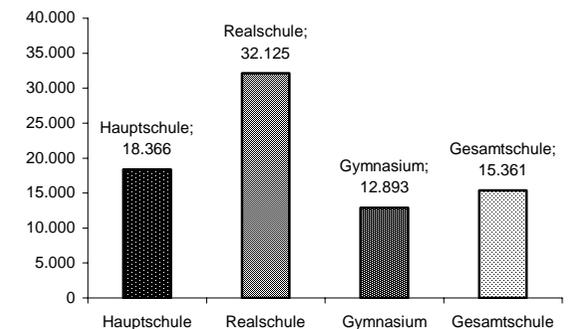
Finanzierung

Die FWI trägt die getroffenen **Entscheidung zum Bau der zweiten Realschule** am Standort des ehemaligen Güterbahnhofs Castrop-Süd **uneingeschränkt und verantwortlich mit**.

Wir halten ein **attraktives Realschulangebot**, verbunden mit **kurzen Schulwegen im südlichen Stadtbereich**, für **unverzichtbar**. Dank eines **innovativen Finanzierungsmodells** auch für **finanzierbar** ohne bedeutende Mehrkosten im Vergleich zu dem von der SPD favorisierten Ausbau am alten Standort.

Die Schülerzahlen 2004 lt. Landesamt für Statistik NRW geben der FWI recht:

Anstieg der Schülerzahlen in NRW seit 1999



	Hauptschule	Realschule
Land NRW	219200 = 23,8%	346500 = 28,4%
Kreis RE	8923 = 19,5%	13579 = 29,7%
C.- R.	818 = 16,2%	1069 = 21,2%
	Gymnasium	Gesamtschule
Land NRW	389700 = 31,9%	193900 = 15,9%
Kreis RE	13110 = 28,6%	10180 = 22,2%
C. -R.	1578 = 31,3%	1577 = 31,3%

Die Realschulen sind im Aufwind – im Kreis RE sogar vor den Gymnasien !